

“Un défilé de trop”

In Genf brodet der Widerstand gegen die Besatzungsarmee

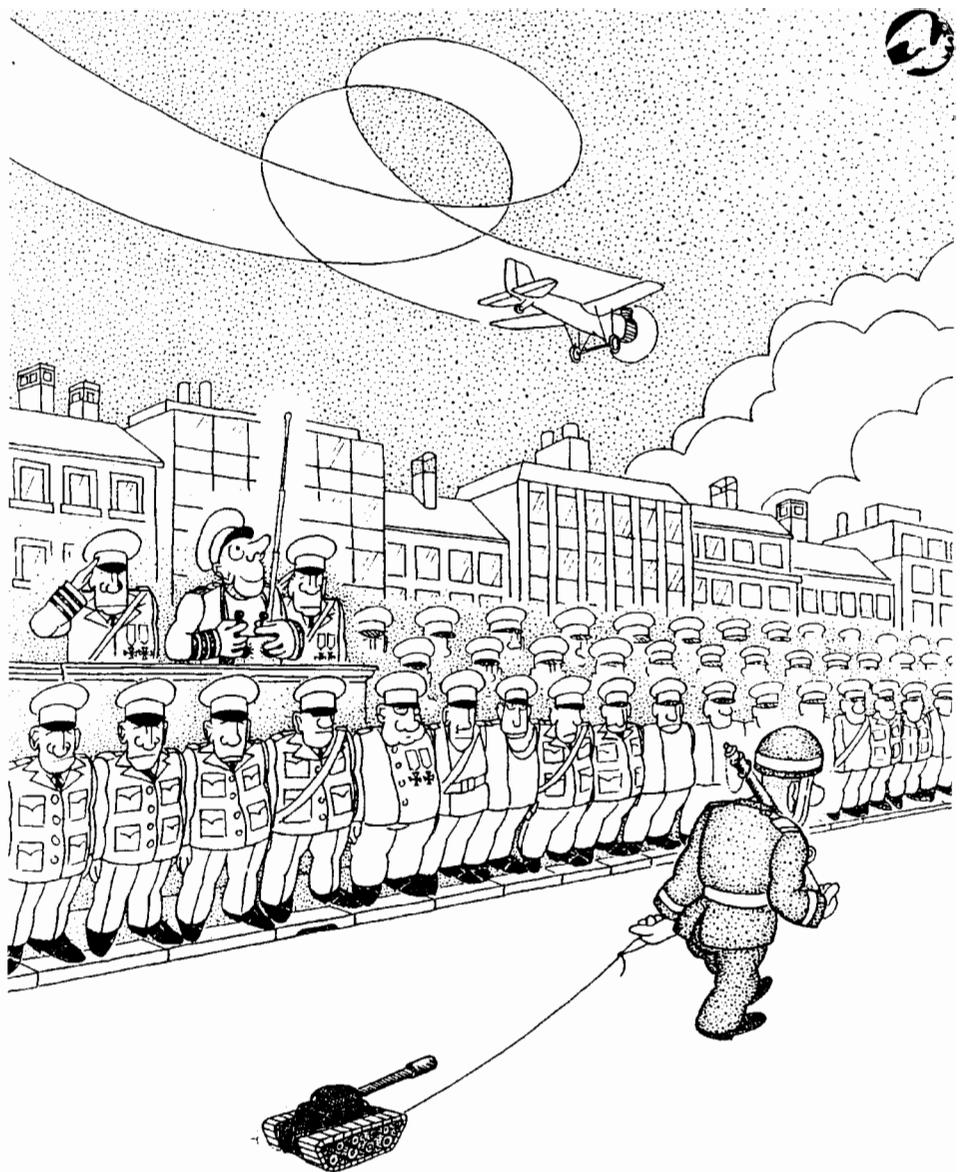
Am 21. November demonstrierte die Armee ihre Bürgernähe – ausgerechnet in der Stadt Genf, in der die Mehrheit der BürgerInnen sowohl die Initiativen gegen den Waffenplatz Neuchlen-Answilen und gegen die F/A-18-Beschaffung angenommen hat als auch 1989 in einer Mehrheit für die Armeeabschaffung stimmte. Und prompt kam es zum Crash. Gewollte Konfrontationspolitik?

Roland Brunner

Alles begann, als Oberst *Jean-François Duchosal* seine Truppe, das Infanterieregiment 3, auf Werbefeldzug pro Armee losschicken wollte – unterstützt von seinem Offizierskollegen, Truppengefährten, Genfer Polizeidirektor und Staatsrat *Gérard Ramseyer*. Nach elf Jahren – und der angenommenen Armeeabschaffungsinitiative – zum ersten Mal sollten die GenferInnen ihre Armee wieder bewundern dürfen. Geplant war ein Defilee, eine riesige Waffenschau, Wehrkundestunden in den Schulen usw.

Politischer Widerstand rund um die GSoA

Seit Bekanntwerden dieser Pläne für die “Operation trautes Heim” regte sich Widerstand in der Rhonestadt. Die GSoA übernahm die Aufgabe, diesen Widerstand politisch zu artikulieren, als sie eine Petition gegen die Durchführung dieser Machtdemonstration startete. Innerhalb von nur zwei Wochen kamen gut 10'000 Unterschriften zusammen. Selbst die NZZ musste konstatieren, dass “das Klima nicht gerade armeefreundlich” ist, schrieb dann aber hämisch: “Die offenbar unter Mitgliederschwund leidende Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) wollte die Gelegenheit nicht versäumen, sich in Erinnerung zu rufen, und sammelte Un-



terschriften, und Paolo Gilardi, der im Namen der Linksallianz an *Christiane Brunners* Seite erfolglos für den Ständerat kandidierte, legte sich kräftig ins Zeug.” (20.11.95)

Trotz des Petitionererfolges und gegen den Widerstand des Genfer Gemeinderates beschloss der rein bürgerliche Staatsrat, nicht auf das Defilee zu verzichten. Er führte ins Feld, die Durchführung des Defilees sei nicht mehr als die Wahrnehmung des Rechts auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, um so den politischen Widerstand gegen die Militärshow in die fundamentalistische Ecke der Un-DemokratInnen abzuweisen. Diese Argumentation trieb selbst die Genfer Sektion der Liga für Menschenrechte auf die Palme. In einem offenen Brief protestiert sie gegen diese Verdrehung des Menschenrechtsbegriffs und schreibt: “Die grundlegenden Freiheiten waren immer dazu bestimmt, die BürgerInnen gegen die Übergriffe des Staates zu schützen. Sie können auf keinen Fall dazu dienen, eine Staatsinstanz

zu schützen. Die Armee ist eine Staatsinstanz, die sich deshalb nicht auf den Schutz der Menschenrechte und die verfassungsmässig garantierten Grundfreiheiten berufen kann.”

Paolo Gilardi warnte in der “Tribune de Genève”: “Ich glaube nicht, dass die Veranstaltung ruhig verlaufen wird. Die Sturheit von Duchosal und Ramseyer könnte die Jugend sehr wohl dazu bringen, engagiert zu protestieren.” Angesichts der programmierten Konfrontation rief die GSoA dazu auf, das Defilee mit Verachtung und Nichtbeachtung zu bestrafen und statt Störaktionen sich zu einer Gedenkzeremonie für die 1932 von der Armee ermordeten GenferInnen auf dem Plainpalais zu versammeln. Gegen das Defilee selbst wurde am Samstag vorher mit einer Kundgebung demonstriert, an der rund 1500 Personen teilnahmen.

Genfs schwarzer Dienstag

Am Dienstag, den 21. November, ging die Show endlich über die Gen-



fer Bühne. 2000 Soldaten und 20 gepanzerte Fahrzeuge defilierten dem Quai Gustave-Ador entlang, während 2 Super-Pumas die Luftpräsenz markierten. Gut 20'000 BesucherInnen wollen die OrganisatorInnen gezählt haben. Der Tages-Anzeiger sah "Tausende zumeist älterer Zuschauer unter erdrückendem Polizeischutz" und sprach von einer "folkloristischen Wirkung" des Defilees. "Er sähe hier nur Polizisten, Soldaten und Journalisten, 'alle unterbezahlt, unterkühlt und nicht aus freien Stücken hier'", meinte ein Infanterist im Tagi (22.11.), wobei laut Informationen der GSoA der Anteil von

von "organisierten Randalierergruppen" und "einigen Dutzend Krawallanten aus dem Hausbesetzermilieu der Stadt und der französischen Nachbarschaft", während Defileekommandant Duchosal in einer Presseerklärung die DemonstrantInnen als "Gruppe professioneller Randalierer" bezeichnet. Einzig der "Nouveau Quotidien" bleibt klar, indem er als Verantwortliche "ohne Zweifel die Genfer Behörden, die einer Laune des Obersten Duchosal nachgegeben haben" bezeichnet.

Die Konfrontationen mit der Polizei, beschränkt auf einige Scharmützel am Rande des Defilees, wurden

der Kundgebung parkierter Armeemercedes.

Während der Auseinandersetzungen wurden neun Jugendliche verhaftet – sieben davon Minderjährige unter 18 Jahren. Von den zwei Erwachsenen wurde bei einem tagelang von "Mordversuch" geredet, weil er von seinem Balkon einen Blumentopf auf die Polizei fallen liess, nachdem er mit Rufen die Polizisten aufgefordert hatte, ihre Prügelorgie einzustellen. Heute sind von all diesen Behauptungen nur noch einzelne Anklagen wegen Sachbeschädigung und unbewilligtem Demonstrieren auf dem Tisch.

Die GSoA übernimmt die Verantwortung

Die GSoA übernimmt in ihren Erklärungen und im Editorial ihrer Zeitung von Anfang Dezember ihre Verantwortung: "Ja, unsere Verantwortung übernehmen wir vollumfänglich. Wir sind verantwortlich dafür, seit dem Frühling die pazifistische Opposition gegen diese Provokation organisiert zu haben. Und es war eine wirkliche Provokation, Genf während einer Woche einer regelrechten Militärbesetzung unterwerfen zu wollen."

An einer Kundgebung vom 25. November forderten rund 3000 Leute die Freilassung der Verhafteten, das Fallenlassen der Anklagepunkte und den Rücktritt von Polizeichef Ramseyer. Die Genfer Regierung schaltet aber auf stur. Obwohl sich Ramseyer strikte weigert, über einen Rücktritt auch nur nachzudenken, dürfte ihm diese Überlegung nächstens aufgedrängt werden: Seine Chancen für eine Wiederwahl stehen denkbar schlecht. Heftige Kritik kam auch von prominenten FDP-Kollegen. Zum Beispiel erklärte Alt-Regierungsrat Robert Ducret, dass Flugplätze (Emmen, Payerne, Cointrin) viel geeignetere Orte für Militärdefilees seien und dass es eine dumme Idee gewesen sei, mit einer Militärschau in einer Grossstadt Christoph Blocher kopieren zu wollen...

Die GSoA überlegt darüber hinaus politische Vorstösse auf kantonaler Ebene, um dem Machtgehabe der Armee in Genf ein für allemal einen Riegel zu schieben. ■



Soldaten, die sich diesem WK mit irgendwelchen Ausreden entzogen, doppelt so hoch lag wie üblich.

Den ZuschauerInnen standen laut offiziellen Angaben "einige hundert randalierende Demonstranten" entgegen (NZZ, 22.11.). Einigen gelang es, für kurze Zeit mit einer Sitzblockade den Ablauf des Defilees aufzuhalten. Auf dem Genfersee entlang dem Defileequai segelten gleichzeitig einige Boote mit Beflagung gegen die Armee, "defätistischen Parolen", wie der Tagi schreibt. Prompt wurden die Boote verhaftet und in Polizeigewahrsam genommen.

Will man der NZZ und den Zeitungen in der Romandie glauben, so erlebte Genf den nackten Terror und Strassenschlachten libanesischen Zuschnitts: "Die Ausschreitungen dauerten bis in den Abend an und waren die schwersten, die Genf seit langem gesehen hat." (22.11.) Und am Tag danach: "Gut zwei Dutzend Ladengeschäfte (darunter ein Bibel-laden) und Bankfilialen wurden in Mitleidenschaft gezogen und zum Teil geplündert. Mehrere Fahrzeuge, darunter auch ein Trolleybus, wurden beschädigt oder in Brand gesteckt." (23.11.) Die NZZ spricht unter Berufung auf die Genfer Polizei

von den Medien hochgespielt zum Bürgerkrieg in Genf. Die GSoA Genf stellt die Frage, ob diese Konfrontationen nicht dem gewünschten Verlauf der Ereignisse entsprachen: "Würden die Jugendlichen nicht absichtlich zu diesen 'Krawallen' aufgestachelt, damit man damit die Opposition gegen die Armee kriminalisieren kann?" Darauf hinweisen könnte beispielsweise, dass im Kantonsspital schon vor dem Beginn des Defilees Spitalbetten in der Notfallstation reserviert wurden – von Defileecoberst Duchosal.

Selbst die Polizei muss im Nachhinein aber zugeben, dass die "Schadensmeldungen" frei erfunden waren. Kein einziger Laden erhob Anzeige wegen Plünderung. Selbst bei H&M, wo einige Kleider auf die Strasse geworfen wurden, kam es nicht zu einer Anklage, da die Kleider sofort von KundgebungsteilnehmerInnen in den Laden zurückgebracht wurden. Einzig rund 20 Schaufensterscheiben gingen insgesamt zu Bruch. Auch von beschädigten oder zerstörten Fahrzeugen weiss die Polizei heute nichts mehr. Der öffentliche Verkehr kam überhaupt nicht zu Schaden. Das einzige Auto, das umgedreht und angezündet wurde, war ein in unmittelbarer Nähe